

# Abteilung 9

## Kultur, Europa, Sport

GZ: **ABT09-709/2023-118**

Ggst. Bekenntnis der Steiermärkischen Landesregierung zur Europäischen Union und den gemeinsamen Zielen

*ABT03VD-19367/2013-35  
ABT04-143691/2016-678  
ABT05-3439/2023-39  
ABT07-147286/2015-661  
ABT08-185899/2023  
ABT10-15092/2014-679  
ABT11-3539/2023-220  
ABT12-185736/2023-1  
ABT13-739/2023-103  
ABT15-223/2023-336  
ABT16-66099/2023-4*

### Regierungssitzung

### Gemeinsamer Antrag

## AV.

2024 jährt sich zum dreißigsten Mal die Durchführung der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Die Steiermark war schon damals eng mit den Staaten Europas verwoben, was sich in der überdurchschnittlichen Zustimmung von 68,9% der Steirerinnen und Steirer zum EU-Beitritt darstellte.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für die Steiermark eine Erfolgsgeschichte, sie konnte überdurchschnittlich von den Europäischen Freiheiten und dem innereuropäischen Austausch von Ideen, Waren und Dienstleistungen profitieren. Im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) leistet die Steiermark einen wichtigen Beitrag, um die Interessen der Regionen in Europa zu vertreten. Das einzigartige Netzwerk der EU-Expertinnen und EU-Experten der Abteilungen und Regierungsbüros arbeitet mit dem Team des Steiermark-Büros in Brüssel konstruktiv an der Zukunft der Steiermark in Europa. Das Steiermark-Büro vertritt mit großem Engagement die Interessen aller Ressorts zu relevanten Zukunftsthemen.

Mit den zahlreichen Maßnahmen und Initiativen des Klimakabinetts leistet die Steiermark einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen des europäischen Klimaschutzziels.

**Die enge Verknüpfung der Steiermark mit Europa** äußert sich in allen Ressorts der Landesregierung, insbesondere im Bereich der Landeslegistik im Hinblick auf die fristgerechte und unionrechtskonforme Umsetzung von Richtlinien sowie die Koordinierung von Vertragsverletzungsverfahren, wie auch in den themenspezifischen Fachstrategien der einzelnen Ressorts, sowie in einigen hier beispielhaft dargestellten **Leuchtturmprojekten**:

- Die Steiermark kooperiert seit vielen Jahren eng mit europäischen und internationalen Partnern im **Katastrophenschutz** und engagiert sich in der **Katastrophendiplomatie**. Die gegenseitige Hilfe im Falle von Naturkatastrophen und anderen Großschadenslagen ist ein starkes Zeichen europäischer Solidarität. Katastrophenschutzkapazitäten und -fähigkeiten werden gebündelt und gemeinsam wirkungsvoll eingesetzt. Die verstärkte **Zusammenarbeit** im Falle von Katastrophen, aber auch die **Prävention und Vorsorge, Einsatzkoordinierung** und **Krisenmanagement, Technik, Nothilfe** und **Notfallplanung** sowie die **Ausbildung** im Katastrophenschutz stehen dabei im Fokus (z.B. ModEX, ResponSEE, HEUREKA).
- Die Steiermark hat Anteil am **Baltisch-Adriatischen Korridor** und am zukünftigen Europäischen Verkehrskorridor (ETC) **Westbalkan-Östliches Mittelmeer**.  
Der Baltisch-Adriatische Korridor (Kernnetz, Ausbau bis 2030) verläuft schienenseitig entlang der derzeitigen Südbahnstrecke über Wien - Semmering – Mürzzuschlag – Bruck/Mur – Graz und die Koralmbahn in Richtung Klagenfurt und weiter nach Italien. Sowie in Graz abzweigend über Spielfeld-Straß, Maribor, Ljubljana bis zum Hafen Koper. Die Bahnachse zwischen Wien und Italien ist mit dem Bau der Koralmbahn und des Semmering-Basistunnels ganz im Zeitplan der EU.  
Der zukünftige ETC Westbalkan-Östliches Mittelmeer ist Teil des erweiterten TEN-V Kernnetzes (erforderlicher Ausbau bis 2040) und beinhaltet die Pyhrn-Schober-Achse, die schienenseitig von Linz über Selzthal, Leoben und Bruck/Mur weiter in Richtung Maribor verläuft und über die Länder des westlichen Balkans nach Griechenland und Bulgarien und bis zur türkischen Grenze führt. Für die Steiermark ist diese Integration in das höchstrangige transeuropäische Verkehrsnetz und die in diesem Zusammenhang erforderlichen Projekte (Bosrucktunnel Neu, Ausbau Bruck-Graz-Maribor, etc.), im Sinne der Forcierung des innerösterreichischen aber vor allem des **überregionalen und europäischen Schienengüterverkehrs**, von großer Bedeutung. Deshalb werden im Süden von Graz derzeit € 100 Mio. in das **Cargo-Center Graz-Werndorf** investiert.
- Die Klimaschutzziele der Steiermark mit der **Klima- und Energiestrategie 2030+** orientieren sich an den europäischen Vorgaben. Das Investitions-Projekt **ELENA Styria** mit einem Investitionsvolumen von € 52,9 Mio. führt wesentliche **Energieeffizienzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden** durch, errichtet gebäudegebundene **PV-Anlagen** und installiert **Ladestationen** für E-Fahrzeuge. Das Programm ELENA der Europäischen Investitionsbank EIB fördert mit bis zu 90% die Kosten der Projektentwicklung und die Vorbereitung der Umsetzung des Investitionsprogramms.

- Die Steiermark verfügt über Biosphärenparks, ein länderübergreifendes Wildnisgebiet von internationaler Bedeutung, über **61 Europaschutzgebiete (Natura 2000)** um natürliche Lebensräume Europas dauerhaft zu sichern; sie beteiligt sich an EU-geförderten **Life+ Projekten** (z.B. Naturwald, Moore und Lebensraumverbund im Ausseerland).
- Die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** der Europäischen Union ist eine zentrale Säule der heimischen Landwirtschaft und hat zum Ziel, Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen und die Produktivität und Klima-Resilienz in der Landwirtschaft zu verbessern, um eine **sichere Versorgung mit leistbaren Nahrungsmitteln** zu gewährleisten.
- Gleichzeitig wird in die **Entwicklung ländlicher Gebiete** investiert und der ländliche Wirtschaftsraum belebt. Neben der **Investitionsförderung** zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe zählen das **Programm zur Förderung einer umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL)** und die **Ausgleichszulage** für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete (AZ) zu den wichtigsten Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung für die Steiermark. Der Europäische **Fonds für die Ländliche Entwicklung (ELER)** fördert zudem Projekte im Naturschutz, bewusstseinsbildende Maßnahmen und Weiterbildung, Studien und Managementpläne und auch **Investitionen in den Naturschutz**.
- Die Steiermark hat sich seit dem österreichischen EU-Beitritt kontinuierlich zu einem **europaweit sichtbaren Hotspot für Innovation, technologische Entwicklungen und unternehmerischen Pioniergeist** entwickelt. Mit einer **Forschungsquote von über 5 Prozent** zählt sie mittlerweile zu den **internationalen Spitzenregionen bei Forschung & Entwicklung**.
- Durch innovative Leit- und Leuchtturmprojekte wurde in der Steiermark, unterstützt durch finanzielle Mittel der europäischen Union, ein **herausragendes Ökosystem aus Clustern, Impuls- und Kompetenzzentren** geschaffen, welches die **Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft** vorbildlich vorangetrieben und den steirischen Erfolgsweg aufbereitet hat. Die Steiermark ist heute nicht nur das grüne Herz Österreichs, sondern auch eine höchst innovative und erfolgreiche Region im Herzen Europas.
- Für die Steiermark hat im Jahr 2023 die nunmehr fünfte **EU-Strukturfondsperiode** seit dem Beitritt Österreichs im Jahr 1995 begonnen. Die seitens der EU bereitgestellten finanziellen Fördermittel im Rahmen des EFRE-Programmes haben sich für das Land Steiermark seither zur wichtigsten Säule der heimischen Wirtschaftsförderung entwickelt. Mit den rund 145

Millionen Euro der vergangenen Periode konnten nicht nur zahlreiche innovative Investitionsprojekte heimischer Unternehmen gefördert werden, es wurde auch die Schaffung von Infrastrukturen im Bereich der Innovation (EBS Zentrum, Data-House, Impulszentrum Niklasdorf) als auch der innovativen Unternehmensgründung (ZWT I + II, Unicorn) ermöglicht.

Das aktuelle **EU Förderprogramm IBW/EFRE & JTF**, das bis zum Jahr 2027 läuft, wird hierbei durch seinen strategischen Zugang einen zusätzlichen Beitrag zur Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch in der Wirtschaft im Sinne einer „grünen Transformation“ leisten, die Wettbewerbsfähigkeit der Steiermark und ihrer Unternehmen nachhaltig stärken und neue Beschäftigung generieren. Die Steiermark erhält aus dem **EFRE 129 Millionen Euro** und aus dem Just Transition Fund – **JTF 24 Millionen Euro**. In Summe also 153 Millionen Euro.

Diese Mittel werden vom Land Steiermark mit den Schwerpunkten Innovation, grüne Transformation und Digitalisierung in Form von Wirtschaftsförderungsinitiativen (Green!Invest, Wachstums!Schritt, Spitzen!Leistung 2022+), Maßnahmen zur (Weiter-) Entwicklung regionaler Wirtschaftsstandorte (StartUpMark Obersteiermark, Stadt-Umland Kooperationen) sowie Projekten zum Auf- und Ausbau von FTI-Infrastrukturen (Wood Vision Lab, Green StartUp-Hub Leoben, Infrastruktur-Förderung für steirische Forschungseinrichtungen) eingesetzt.

Das Land Steiermark strebt dabei eine Ausschöpfung von 100 Prozent der zur Verfügung gestellten EU-Mittel an und hat für die Bereitstellung der nationalen Ko-Finanzierung entsprechend Vorsorge getroffen.

- Um die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Steiermark weiter zu steigern, spielen Maßnahmen und Programme der Europäischen Union eine entscheidende Rolle. Besonders hervorzuheben ist hier der European Chips Act. Das Paket soll zur technologischen Führungsrolle Europas beitragen und die digitale Souveränität auf globalem Spitzenniveau weiter stärken. Die in der Steiermark sehr starke **Halbleiter- und Mikroelektronikindustrie** wird mit ihren zahlreichen Leitbetrieben wie beispielsweise AT&S, ams Osram, Infineon, NXP etc. einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Umso erfreulicher ist, dass auch unsere Bundesregierung die Rolle Österreichs als einer der führenden europäischen Player in den nächsten Jahren nicht nur erhalten, sondern ausbauen will. Österreich hat sich im Bereich der Halbleiter eine europäische Spitzenposition erarbeitet – im ganzen Land hängen über 72.000 Jobs an der Branche –, woran die Steiermark maßgeblichen Anteil hat. Mehr als 80 Prozent der heimischen Wertschöpfung im Sektor Mikroelektronik wird im Süden Österreichs erwirtschaftet. Der Steiermärkischen Landesregierung ist die Bedeutung der Branche für den Wirtschaftsstandort bewusst und die zu Verfügung stehenden EU-Mittel in Kombination mit

nationalen Maßnahmen werden dazu beitragen, Österreich und damit die Steiermark weiter an die Spitze der Chipbranche zu bringen. Auf diesem Weg wird das Land Steiermark auch hier als starker Partner zu Verfügung stehen und seinen Beitrag dazu leisten.

- Die **Automobilindustrie** ist eine der tragenden Säulen der steirischen Wirtschaft und steht daher im besonderen Fokus der steirischen Landesregierung. In unserem Bundesland sind mehr als 40.000 unselbständig Beschäftigte in der Automobilbranche tätig. Die Steiermark vereint dabei im Mobilitätscluster ACStyria ein breites Netzwerk an Unternehmen und Forschungseinrichtungen (300 Unternehmen, Gesamtumsatz von mehr als 17 Milliarden Euro, F&E Quote der Unternehmen des Clusters bei über 12%). Die wirtschaftliche Bedeutung der steirischen Automobilindustrie ist unbestreitbar. Aus diesem Grund beschäftigt sich der Cluster seit Jahren aus strategischer Sicht mit Innovationsthemen (Autonome Systeme, Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle sowie Mobilitätsservices vor allem innovative Fahrzeug- und Antriebskonzepte), um nachhaltig wettbewerbsfähig zu bleiben und die Transformation der Branche zu begleiten.

Umso wichtiger ist es daher, dass die Steiermark in vielen Europäischen Institutionen und Gremien, wie dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), der Automotive Intergroup des AdR (CoRAI) oder der Allianz der Automobilregionen (ARA), eine aktive Rolle spielt, um die Transformation des Mobilitätssektors aktiv voranzutreiben. Wir setzen uns als Landesregierung dafür ein, einen gerechten und nachhaltigen Wandel der Automobilbranche, unter Betrachtung der gesamten Wertschöpfungskette und im Hinblick auf Technologieoffenheit zu gewährleisten. Damit diese Transformation auch gelingt, wird es auch Unterstützungen und Investitionen der Europäischen Union in den Regionen brauchen. Dafür wird sich das Land Steiermark auf europäischer Ebene verstärkt einsetzen.

- Zur Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer Sozialunion gibt es auch wichtige Impulse für die Arbeit im Sozialressort auf Europäischer Ebene. Ein Ziel war es, dass die **Sozialinfrastruktur** in der Steiermark mit Mitteln der Europäischen Union (ELER) weiter ausgebaut wird. So wurden zum Beispiel **Wohnraum für Menschen mit Behinderung** oder **Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen** ausgebaut.
- Ein weiterer Schritt war die Eingliederung von Menschen auf dem **Arbeitsmarkt** über den **Europäischen Sozialfond ESF+**.
- Über **REACT EU** wurden als Sozial- und Arbeitsmarktprojekt die von der Covid-19-Pandemie am meisten betroffenen Personen unterstützt und in Zusammenarbeit mit den Kommunen beschäftigt. Das Projekt „#we\_do – Frauen nutzen ihre Chance“ verbessert die

Arbeits- und Einkommenschancen von Frauen durch Beratung und Qualifizierung. Insbesondere die Projekte NIEBE und RidE schaffen ein niederschwelliges Angebot für Menschen mit geringer Beschäftigungsfähigkeit.

- Es gibt zahlreiche Maßnahmen zur **Internationalisierung der Bildung** in der Steiermark und zur Umsetzung der Strategie eines Europäischen Bildungsraumes. Das Land Steiermark ist Teil europäischer und internationaler **Kooperationen in allen Bildungssektoren** und nutzt den Input für die Weiterentwicklung eigener Bildungsprojekte mit europäischem Modellcharakter. Dazu gehören beispielhaft die Projekte „**ME-Health**“ und „**The Career Garden**“.
- Zwei Drittel der steirischen Schulen sind in Erasmus+ registriert und können damit jederzeit auf **europäische Bildungsfördermittel** zugreifen. In den letzten Jahren hat sich eine eigene steirische Erasmus Learning Community etabliert und die Steiermark ist längst **Erasmus+ Spitzenreiter Österreichs**. Derzeit beteiligen sich 600 Schulen in der Steiermark an Erasmus-Projekten oder in Erasmus-Konsortien und konnten in den Jahren 2022 und 2023 bisher ca. € 5,5 Mio. an **Förderungen für Mobilitäten, Job Shadowing, Lehrtätigkeit, Kurse und Schulungen** erhalten. Das Gesamt-Erasmus-Budget der Steiermark in der aktuellen EU-Förderperiode bis 2027 beläuft sich auf ca. € 12,4 Mio. Die Steiermark nimmt auch aktiv mit mehreren Projekten am **europäischen Jahr der Kompetenzen** teil.
- Durch die Schaffung eines **europäischen Raums für Gesundheitsdaten**, bei dem die nationalen Gesundheitssysteme durch den sicheren und effizienten Austausch von Gesundheitsdaten stärker miteinander verknüpft werden profitieren auch die Steiermark. Mit weiteren europaweit geltenden Handlungsvorgaben im Rahmen der Europäischen Gesundheitsunion, wie zum Beispiel der Schaffung eines **europäischen Raums für Gesundheitsdaten**, können regionale Maßnahmen besser umgesetzt werden. Damit wird die **Qualität und Kontinuität der Gesundheitsversorgung** gestärkt und werden die Rechte der Bürger\*innen in Bezug auf ihre Gesundheitsdaten gewährleistet.
- Die Steiermark pflegt **Regionalpartnerschaften** mit sechs Regionen in **Polen** (Schlesien, Vorkarpaten, Oppeln, Lodz, Lublin, Kujawien-Pommern) sowie einer Region in **Ungarn** (Vas). Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erfordern die Regionalpartnerschaften mit zwei Regionen in der **Ukraine** (Lemberg und Kirovohrad) besonderes Engagement. Als Unterstützung wurden sowohl **Sachleistungen wie beispielsweise Saatgut**, als auch finanzielle Mittel insbesondere für die Betreuung von **Schutzsuchenden** von der Landesregierung zur Verfügung gestellt.

- Zusätzlich zu bilateralen Hilfeleistungen für die Partnerregionen in der **Ukraine** wurden im Rahmen des **EU Civil Protection Mechanism** medizinische Hilfsgüter, Feuerwehrfahrzeuge, Patientenbetten, Schmutzwasserpumpen und ein Feuerwehr-Jetboot als Hilfsmaßnahme der Steiermark für die Ukraine zur Verfügung gestellt.
- Die Steiermark führt derzeit den Vorsitz in der Alpen-Adria-Allianz (AAA), die 2013 als Nachfolgeorganisation der seit 1978 aktiven Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Alpen-Adria ins Leben gerufen wurde. Der steirische AAA-Vorsitz greift dabei das ursprüngliche Ziel der ARGE auf, mit interregionalen Projekten in einer Bandbreite von Themen einen Beitrag zur Europäischen Integration zu leisten. Vor dem Hintergrund des steirischen Westbalkanschwerpunktes sollen dabei besonders die Regionen des Westbalkans angesprochen und als künftige Partner für die Alpen-Adria-Allianz gewonnen werden. Mit dem Beitritt der serbischen Autonomen Provinz Vojvodina am 1. Juli 2023 ist ein erster Schritt in diese Richtung gelungen. Nicht nur geografisch, auch inhaltlich wird das AAA-Netzwerk erweitert. So wurden die bisherigen operativen Sitzungen des AAA-Lenkungsausschusses unter steirischem Vorsitz jeweils auch zur Vernetzung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Bereichen Bildung bzw. Kultur genutzt. Der als Rahmenprogramm für den Lenkungsausschuss in der europäischen Kulturhauptstadt Novi Sad organisierte „Cultural Pitch“ im November 2022 etwa wurde für den Europastaatspreis 2023 des Bundeskanzleramtes nominiert. Darüber hinaus erhöht die Steiermark gemeinsam mit den Partnerregionen die Sichtbarkeit der Alpen-Adria-Allianz und ihrer Aktivitäten vor allem auf europäischer Ebene. Aus diesem Grund findet die nächste Sitzung des politischen Alpen-Adria-Rats im November 2023 in Brüssel statt. Ergänzt wird das Programm durch eine Abendveranstaltung im Steiermark-Büro Brüssel, die abermals der Vernetzung mit im Alpen-Adria-Raum operierenden potentiellen Kooperationspartnern dient. Anlass dazu geben gleich mehrere Jubiläen – 45 Jahre Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum, jeweils zehn Jahre AAA-Gründung und EU-Beitritt Kroatiens – die gleichermaßen eine Zäsur für die Alpen-Adria-Allianz als Organisation sowie eine Zwischenbilanz für den Vorsitz der Steiermark darstellen. Schließlich wird sich die Steiermark um eine weitere Vorsitzperiode für die Jahre 2024/25 bewerben.
- Auch abseits des Alpen-Adria-Allianz-Vorsitzes verfolgt die Steiermark ihren Westbalkanschwerpunkt, beispielsweise im Rahmen einer bilateralen Kooperation mit der serbischen Autonomen Provinz Vojvodina. Auf Basis der im Juni 2022 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung wurden bereits mehrere Projekte umgesetzt, so in den Bereichen Bildung, Tourismus, Kultur und Wirtschaft. Im Herbst 2023 sollen weitere Grundlagen für

eine bilaterale Kooperationen mit Nordmazedonien geschaffen werden, das mit Sommer 2022 in die Screenings für die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Kommission eingetreten ist.

- Mit „**SOLICO – Solidarität nach der Corona-Pandemie**“ leitet die Steiermark ein Projekt, das über das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ mit rund € 150.000.- unterstützt wird. Die **Zusammensetzung der Projektpartner ist einzigartig**: neben der Steiermark als Lead-Partner sind Organisationen aus Slowenien, Kroatien, Ungarn und Österreich und – bis auf Albanien – alle Westbalkanländer in einem Projekt vertreten. **Wertvolle Erkenntnisse** konnten daraus für den Umgang mit künftigen (Gesundheits-)Krisen gewonnen werden.
- Nachhaltige internationale Kontakte und Erfahrungen in der **Kunstszene** von „Europas Hauptstadt“ können Kunstschaffende aus der Steiermark im **WIELS Art Centre** sammeln. Das **Artist-in-Europe Stipendium Programm** ermöglicht den Kunstschaffenden einen sechs monatigen Aufenthalt in Brüssel. Zehn Residency-Plätze wurden bereits vergeben.
- Die **Art Steiermark** ist eng mit dem **Steiermark-Büro in Brüssel als Ort des Zusammentreffens** von Künstlerinnen und Künstlern mit kunstinteressierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EU-Institutionen verknüpft. Hier können zeitgenössische Kunstschaffende sich und ihr Werk einem internationalen Publikum präsentieren.
- Jährlich besuchen etwas mehr als **1000 Steirerinnen und Steirer die Europäischen Institutionen** und werden dabei durch das Team des Steiermark-Büros in Brüssel unterstützt. Darunter sind regelmäßig u.a. Delegationen von Regional- und Lokalpolitiker\*innen und Entscheidungsträger\*innen, die einen engen Austausch auf europäischer Ebene pflegen sowie Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsdelegationen, Tourismusverantwortliche, Verwaltungsexpert\*innen unterschiedlicher Themenbereich sowie Interessensvertretungen und Kulturschaffende.

### **Ausblick in die Zukunft**

Die Steiermark gestaltet die Zukunft Europas und damit die eigene Zukunft aktiv. 2024 ist ein entscheidendes Jahr, in dem wichtige Weichen gestellt werden.

Vom 6. bis 9. Juni finden die **Wahlen zum Europäischen Parlament** statt. Die neu gewählten Mitglieder nehmen die Arbeit für eine fünfjährige Legislaturperiode auf. Sie werden im Herbst den neuen Präsidenten oder die neue Präsidentin der Europäischen Kommission wählen und die zukünftigen Mitglieder der Europäischen Kommission in Hearings auf ihre Eignung für das Amt prüfen. Nach Zustimmung durch das Europäische Parlament und Ernennung durch den Europäischen Rat beginnt dann im Herbst die 5-jährige Amtsperiode der **neu zusammen gesetzten Europäischen Kommission**. Sie wird gemeinsam mit Rat und Parlament die Weichen der Europäischen Union stellen.

In der nächsten Amtszeit der Europäischen Kommission sowie der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments **2024 – 2029** stehen **große gesellschaftliche Veränderungen** ins Haus. Der demographische Wandel in Europa wird deutlich sichtbar, die Generation der Babyboomer wird in den beruflichen Ruhestand eintreten. Als Folge wird die Erwerbsarbeit von deutlich weniger Menschen geleistet werden.

**Die Europäische Union hat sich in der laufenden Legislaturperiode sehr ambitionierte Ziele gesetzt**, die zu einem wesentlichen Teil 2030 erreicht werden sollen. Die Gestaltung des **digitalen Binnenmarktes** und die Umgestaltung der Wirtschaft hin zur Kohlenstoffneutralität, die **europäische Säule sozialer Rechte** und der **Europäische Grüne Deal** seien beispielhaft genannt.

Die vor uns stehende **Transformation** ist unter den bestehenden geopolitischen Rahmenbedingungen und dem zunehmend spürbaren Klimawandel **für alle Bereiche der Gesellschaft herausfordernd**. Das **erfordert ein abgestimmtes Handeln** Europas auf allen Ebenen.

Es wird daher der

## **Antrag**

gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wolle folgenden Beschluss fassen:

1. Der vorstehende AV. wird zur Kenntnis genommen.
2. Die 2024 zu Ende gehende europäische Legislaturperiode ist von intensiver Gesetzgebung geprägt. Die Ziele, auf die sich Europa geeinigt hat, sind herausfordernd und leiten einen Veränderungsprozess ein, der erforderlich ist, und nur mit großen Anstrengungen bewältigt werden kann.

In diesem Zusammenhang trägt die Steiermärkische Landesregierung folgende Zielsetzungen an die Bundesregierung, die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlamentes sowie die Europäische Kommission heran:

- Das „Gelingen einer für alle Bevölkerungsgruppen gerechten und nachhaltigen Transformation Europas“ erfordert, dass alle politischen Verantwortungsträger, so auch die kommende Europäische Kommission (2024-2029), sich auf das Erreichen dieses Ziels fokussieren.
  - Der Koordinierung aller mit der Transformation befassten, thematisch verantwortlichen Mitglieder der Europäischen Kommission kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Denn nur dadurch ist das „Gelingen einer für alle Bevölkerungsgruppen gerechten und nachhaltigen Transformation Europas“ auch als deutliches Ziel für die Bevölkerung erkennbar.
  - Veränderungen werden von den Menschen dann als gerecht und nachhaltig wahrgenommen, wenn die Folgen des Nicht-Handelns ebenso wie die Vorteile des gemeinsamen Handelns in der Europäischen Union von allen politischen Ebenen kontinuierlich und verständlich aufgezeigt werden. So kann es gemeinsam gelingen, eine breite Zustimmung der Bevölkerung für die Transformation zu gewinnen.
  - Das Erreichen der gesetzten europäischen Ziele erfordert, dass auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen und innerhalb Österreichs durch den Finanzausgleich sowie in der Europäischen Union durch den zukünftigen mittelfristigen Finanzrahmen bereit gestellt werden.
3. Die Steiermärkische Landesregierung bekennt sich klar zur Europäischen Union und den gemeinsamen Zielen.
  4. Dieser Beschluss wird der Bundesregierung, den österreichischen Mitgliedern des Europäischen Parlamentes sowie der Europäischen Kommission zur Kenntnis gebracht.

Landesrat

Werner Amon, MBA

Landeshauptmann

Mag. Christopher Drexler

Landeshauptmann Stv.

Anton Lang

Landesrätin

Dr.<sup>in</sup> Juliane Bogner-Strauß

Landesrätin

MMag.<sup>a</sup> Barbara Eibinger-Miedl

Landesrätin

Mag.<sup>a</sup> Doris Kampus

Landesrätin

Mag.<sup>a</sup> Ursula Lackner

Landesrat

Ök.-Rat Johann Seitingner